

Ersteinst täglich
ersch. mit Ausnahme
der Sonn- und Feiertage.

Abonnementpreise
monatlich 80 Pf.
vierteljährlich 1.50 Mk.
halbjährlich 2.80 Mk.
jährlich 5.00 Mk.
Durch die Post bezogen
1.00 Mk. extra Beleggeld.

Die Neue Welt
(Anhaltungsorgan),
monatlich 10 Pf.

Redaktions-Adressen:
Redaktion: Nr. 1047.
Expedition: Nr. 1047.
Telegraph-Adressen:
Vollständig Weltanschauung.



Insertionsgebühren
nachst für die 2. Spalte
pro Zeile oder deren Raum
20 Pfennig.
Für unregelmäßige Anzeigen
30 Pfennig.
Im rekognoskiven Artikel
nach der Seite 75 Pfennig.

Interesse
für die Neue Welt
müssen sich die Anzeigen
nach dem Inhalt richten
und die Redaktion anfragen
sein.

Erstgenannt in die
Postzeitung.

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Buerfurt, Delitzsch-Bitterfeld,
Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.
Expedition: Post 42/43. Geöffnet werktags von 7 Uhr früh bis 7 Uhr nachm. a Redaktion: Post 42/43. Sprechstunde werktags 1/2-1/2 Uhr mittags.

Wahlen und Presse.

Hunderttausende, die sich für den Ausfall der kommenden Reichstagswahlen lebhaft interessieren, werden zur Stunde noch nicht, doch eben in diesen Tagen, in der letzten Septemberwoche, die wichtigste Voraussetzung fällt, die die Ereignisse des nächsten Januar auf das wirksamste beeinflussen wird. Der Kampf um den Wähler und den Stimmzettel kehrt noch immer recht weit im Felde, dafür ist der Kampf um den Wähler und den Stimmzettel auf der ganzen Linie entbrannt, und wenn diese Woche sich vollendet, wird er entschieden sein. Zum 1. Oktober steht sich jeder Zeitungslieferer vor die Frage gestellt, ob er sein Blatt auf weiterem Gebiete oder ob er von seiner Schwelle weichen will, um einer Zeitung von anderer Parteifarbung sein Haus zu öffnen.

Es gibt Zeitungsbereiter, die dem Quartalswechsel mit Angst und Bangen entgegengehen, aber ein Sozialdemokrat befindet sich unter ihnen nicht. Die sozialdemokratische Presse hat das Band zwischen sich und ihren Lesern unlosbar geknüpft, und sie darf lächeln über die unumgängliche Wehrlosigkeit der Gegner, die verbände ihre gewalttätige nicht nachdringende Verdrängung dem sogenannten "Kerrosismus" der Partei. Es ist nämlich nicht die Frucht der Disziplin, die die eintrittet Millionen sozialdemokratischer Leser zusammenhält, sondern die einfache Erkenntnis, daß das werksfähige Volk wirkliche Förderung seiner Interessen nur von solchen Organen erwarten darf, die aus seinem eigenen Schoße hervorgegangen und die schon durch ihre Herkunft vor der Gefahr gefeit sind, zu Werkzeugen herrschender Klassen zu werden. Die sozialdemokratische Presse ist nicht die Herrin, sondern das dienende Geschöpf der Arbeiterklasse und als solches eine demokratische Kulturerscheinung von solcher Macht und Bedeutung, wie sie die Weltgeschichte sonst kaum kennt. Dieses Bewußtsein des Erzeugers zum Erzeugten macht das Band zwischen dem werksfähigen Volk und seiner Presse unzerbrechlich, und darum kann das Gespinnst des Abonnementstörers, das die Presse vieler bürgerlicher Verleger umschleiert, in das Kontor eines sozialdemokratischen Blattes keinen Eingang finden.

Nicht der Erhaltung gilt unsere Sorge, sondern dem Fortschritt. Ja, nicht einmal dem Fortschritt, der uns gemäß ist, und in imponierenden Riffen vor uns herein zieht, sondern dem Kampf des Fortschritts. Wird der folgende Strom der sozialdemokratischen Tagesliteratur im nächsten Jahreshefte aus bühnen Quellen neu gespeist werden, oder wird er aus hundert stützenden Säulen neuen Aufbaus erhalten? Das ist die Frage, die in dieser letzten Septemberwoche zur Entscheidung steht, und in ihrer Beantwortung liegt auch schon ein Stück Antwort auf die Frage nach dem Ausfall der kommenden Wahlen.

Es handelt sich heute und in den kommenden Tagen darum, welche Blätter die Zeitungslieferer in den letzten drei Monaten vor der Abrechnung lesen werden. Diese Blätter, so beschäme sie in ihrem Anhalte sein werden, werden doch darin einen anderen gleich, daß sie alle die kommenden Wahlen in den Vordergrund ihrer Erörterungen stellen und die Leser zur Wahl im Sinne ihrer Partei zu beeinflussen bestrebt werden. Wer im kommenden Quartal seine politische „Aufklärung“ aus konservativen, liberalen oder liberalen Zeitungen bezieht, auf dessen Stimme wird die Sozialdemokratie nur in den seltensten Fällen rechnen können. Denn tagaus tagein werden ihm die größten Innabnehmer über die Partei angeführt und die gelegentliche Widerlegung durch Klingblättler kommt dagegen nur schwer auf. Die sogenannte „parteilose“ Presse ist in Wahrheit gemeint die sozialdemokratische Presse, die sich unter dem Einfluß von Kapitalisten und Herren und ist wie dazu geschaffen, den besten Neffensnaben für eine antisozialdemokratische Sammelpolitik abzugeben. Wo sie aber wirklich parteilos ist, mag aus der Schar ihrer Leser ein Quäntchen schwankend gestimmte Mitläufer zu den sozialdemokratischen Wählermassen stoßen. Zum überzeugten Kämpfer für die große Volksidee ist aber noch kein Zeitungslieferer durch den Genuß solcher Geistesprodukte erzogen worden.

Der sozialdemokratische Zeitungslieferer dagegen ist nicht bloß für die Sozialdemokratie, sondern er ist auch für die Partei in diesem Augenblicke vor allem ein, ein eifriger, nimmer müder Arbeiter für sein Blatt! Und jeder Leser, der er dem sozialdemokratischen Blatte gewinnt, ist der Sozialdemokratie nicht nur als Wähler gewonnen, sondern seine Leserschaft wirkt seine Person hinaus auf den Kreis, in dem er verkehrt. Man kann ungefähr annehmen, daß gegenwärtig auf jeden Abonnenten der sozialdemokratischen Presse drei Wähler kommen, die bereit sind, mit ihrem Stimmzettel für den sozialdemokratischen Kandidaten einzutreten. Der im September einen neuen Leser für das sozialdemokratische Blatt gewinnt, hat also damit auch schon für den Januar der Sozialdemokratie einige Wähler gewonnen!

Das sind Dinge, die ganz selbstverständlich sind, aber sie müssen ausgesprochen werden, damit jeder, der sie weiß und begreift, sich auf seiner Pflicht und der ungeheuren Wichtigkeit des Augenblicks bewußt wird. Was in den nächsten Tagen verfaßt wird, ist nicht wieder einseitig. Bis zum dreißigsten September muß diese wichtige Vorarbeit für die kommenden Wahlen getan sein!

Frankreich in Marokko.

Aus Paris wird uns geschrieben: Die deutsch-französischen Verhandlungen neigen sich einem friedlichen Ende zu. Wenn auch die beiderseitigen Regierungen es für angebracht hielten, die Verhandlungsobjekte den Wählern, deren offizielle Vertreter sie sind, vorzutragen, so kann man doch, an der Hand der geschichtlichen Ereignisse und der mehr oder weniger „offiziösen“ Auslassungen, den Kern der Verhandlungen fixieren.

Es ist oder war ein alter Plan der französischen Kolonialpolitik, in deren Band die Spanische Sahara, Marokko und Ägypten nur geistige Werkzeuge waren, ein großes nordafrikanisches Kolonialreich zu schaffen, das vom Südpazifik bis zur Sibirienebene gehen sollte. Dieser Plan ist oft durchgesetzt worden und hat wesentliche Einschränkungen erfahren. Zunächst kamen ihnen die Engländer in die Quere, die die Mehrheit der Südpazifikstationen aufkauften und Ägypten besetzten. Es wäre damals beinahe zum Kriege zwischen England und Frankreich gekommen. Schließlich einigten sich die beiden Regierungen — wogu die plump und pretentive Politik der deutschen Regierung nicht wenig beigetragen hat — und es kam zwischen Frankreich, England, Spanien und Italien zu einem Abkommen, das die „Einflusssphären“ im Mitteländischen Meer festsetzte. Frankreich verzichtete auf alle Ansprüche in Syrien, wogegen England auf Marokko verzichtete. Spanien bekam einen Teil von Marokko als Einflusssphäre zugewiesen, der bei einer eventuellen Aufteilung ihm zufallen soll und Italien überließ man Tripolis. Deutschland war, durch das „Geschick“ seiner Diplomatie, völlig ausgeschaltet worden, worüber die deutschen Steuerzahler sich schließlich nicht zu ärgern brauchen. Da fuhr dann die „gepanzerte Post“ drein, Wilhelm II. fuhr nach Tanger und erklärte sich zum Schutzherrn Marokkos und seines Sultans. Das war die diplomatische Art der deutschen Regierung, zu sagen: Ach, wir auch meinen Teil bei der Ausbeutung und Unterdrückung fremder Völker haben.

Herr Rouvier, der den gegangenen Delcasse ersetzte, gab sich die größte Mühe, mit der deutschen Regierung ein Austauschgeschäft zu machen. Aber diese erklärte im Brustton der sittlichen Entrüstung, daß sie sich auf solche Geschäfte nicht einlasse und an dem Festhalten der Integrität Marokkos und der Unabhängigkeit des Sultans nicht denken noch denken lasse. Heute hat man dieses Festhalten zu den ausserartigen Beweisen gestellt. Es kam also zur Konferenz von Algeiras. Auf der Konferenz allerdings hätte man gern einen Saen, oder wenigstens den Oberbefehl über die internationale Hafenpolizei erhalten. Da sich aber die interessierten Mächte vorher bereits verständigt haben, sog Deutschland wieder leer ab.

Durch diese „Erfolge“ gezwungen, kam es im Frühjahr 1909 zu neuerlichen Verhandlungen zwischen der deutschen und der französischen Regierung und zum Abschluß eines Vertrages, worin, ähnlich wie in dem englischen Vertrag, die deutsche Regierung die politischen Sonderinteressen Frankreichs in Marokko anerkannte, auf jede politische Einmischung verzichtete und nur die Garantie der wirtschaftlichen Gleichberechtigung reservierte. Wie Paris für dieses Aufgeben der Integrität und Unabhängigkeit Marokkos und seines Sultans, versprach die französische Regierung, dahin zu wirken, daß bei der wirtschaftlichen Ausbeutung Marokkos die deutschen Kapitalisten einen entsprechenden Huppen abbekommen. So wurde bei der Vergebung des Tabakmonopols das Haus von Wendelsohn beteiligt, so vereinigte sich Schneider-Creusot mit Krupp-Elfen zur Ausbeutung der Erzgäler usw.

Im Vorjahre begann dann der damalige Finanzminister und heutige Ministerpräsident die viel erörterten Verhandlungen von Riflingen wegen des gemeinsamen Baus von Eisenbahnen in Marokko und im Konga und einer Festung des französischen Weltmarktes für deutsche Wertpapiere. Doch die Verhandlungen verstrepten sich und mittlerweile kam es zu dem Zuge nach Fez.

Unbefriedigt von dem Verlauf der Dinge, gab die deutsche Diplomatie in ihrer preußischen Fiedelsbaumanier zu verschicken, daß sie unzufrieden sei. Es wurde wieder ein Brief nach Marokko geschickt, allerdings diesmal nur nach Agadir.

Wahrlich handelt es sich dabei nicht um die Integrität und die Unabhängigkeit Marokkos, sondern um das genaue Gegenenteil. Die deutsche Regierung trug Frankreich das Protektorat über Marokko an, unter Vorkbehaltung des bisherigen wirtschaftlichen Abkommens, wogegen sie zum Austausch das ganze französische Konga verlangte. Darüber nun große Entrüstung auf französischer Seite. Im Gegensatz zu den Verhandlungen von 1905, waren es die französischen Kolonialpolitiker, die jetzt die Einberufung einer internationalen Konferenz verlangten. Der deutschen Forderung, die auf die Schaffung eines großen deutschen generalafrikanischen Kolonialreiches hinauslief und damit die englischen Pläne, die von Sen bis Kairo gehen, entgegenzusetzen hätte, trat außerdem das englische Veto entgegen. Herr Lord George wurde mit seiner Brandrede vorgeschickt.

Daß die französischen Kolonialpolitiker von einem Protektorat über Marokko zunächst nichts wissen wollten, ist sehr begreiflich. Da dieses Protektorat die wesentliche Einschränkung der wirtschaftlichen Gleichberechtigung der anderen Staaten hätte, würden die Franzosen in Wirklichkeit dabei nichts bekommen, was sie nicht jetzt schon haben, aber unabweichlich bekommen werden, ohne in den eigenen Staatsbüdel zu greifen.

Ein Protektorat, wie jede Kolonialpolitik, ist ein teures Werkzeug. Jetzt bekommt Frankreich alle Vorteile an Marokko wiederholt bezuglich, alle Expeditionen bezahlt. Bei einem Protektorat würde sich die Sache ändern.

Je mehr aber die deutsche Regierung ihre Gegenforderungen einschränkt, desto mehr liegen sich die französischen Politiker durch den äußeren Hintis des Protektorats blenden. Heute scheinen sie auf dem Seim festzuhalten.

Nun haben die Wählern ein großes Geschrei gemacht. Sie wollen von einer „Preisgabe“ Marokkos nichts wissen. Sie glauben, daß Frankreich sich in Nordafrika ein großes Truppenkontingent schaffen will, um den mangelnden Bevölkerungszuwachs auszugleichen. Das ist eine Chimäre. Frankreich kann die unterdrückten und selbstbewußten Völker und Araber noch weniger in Europa als Soldaten verwenden, wie England die Indier, oder Deutschland die Sereros.

Das „Geschick“, das die deutsche Regierung Frankreich macht und das sie sich, wie feinerzeit England, teuer bezahlen läßt, ist ein Drama der Geschichte. Mit dem Protektorat über Marokko hat man nicht die Schwerezeiten für Frankreich, es wird dort keine Kistenlager finden, sondern im Gegenteil, eine Armee unterhalten müssen. Die anderen Schwerezeiten liegen auf spanischer Seite. Und die sind womöglich noch größer...

Politische Uebersicht.

Halle a. S., den 26. September 1911.

Friedensstafel über Marokko.

Die Marokko-Affäre endet, der Aktur würdig, mit einer Festschreibung. Die Weltliche offizielle Presse meidet, daß bei dem Staatssekretär des Auswärtigen Amtes v. Aehrenthal-Bühner am Sonnabend zu Ehren des Weltkaiserpaars Gambon ein Diner stattfand, zu dem außer Herrn und Frau Gambon auch Frau v. Aehrenthal, sowie verschiedene Herren des Auswärtigen Amtes, darunter der Interaktionssekretär Zimmermann, der Oberste Freiberger v. Wangenheim und andere gelangten waren. Bei der Tafel ist die Lösung der Marokko-Affäre mit unterlesenen Weinen begangen worden. Ein Scherz, daß diese ganze Affäre nicht schon vor Monaten auf die gleiche Art erledigt würde. Die Kriegsgeschichte hat nicht nur in unverantwortlicher Weise das Volk beunruhigt, sondern auch viele wirtschaftliche Werte zerstört und gemindert. Doch täusche man sich nicht: Das Volk hat aus der Krise vielerlei gelernt! Es wird nicht für alle Ereignisse dulden, daß man mit ihm und seinen Lebensfragen denartig Schindluder spielt.

Über den Abschluß der Verhandlungen wird offiziös gemeldet:

„Die Marokko-Verhandlungen dürfen, soweit sie Marokko selbst betreffen, als erledigt betrachtet werden. Es handelt sich nur noch um rechtliche Fragen in Paris. Es wird nunmehr gleich zur Regelung der Kompensationsfrage geschritten werden. Obgleich diese Verhandlungen sich noch etwa eine Woche hinziehen können, werden hier nennenswerte Schwierigkeiten nicht erwartet. Daß das Marokko selbst betreffende Abkommen erst seine Gültigkeit erlangt, nachdem auch die Kompensationsfrage zur Zufriedenheit geordnet ist, darf wohl als selbstverständlich betrachtet werden. Nur der Einfachheit und Uebersichtlichkeit wegen sind die Verhandlungen in zwei Teile zerlegt worden, obwohl sie in Wirklichkeit ein ungetrenntes Ganzes bilden. — Leider werden die Protokolle der Verhandlungen mit ihrem Ein und Her, mit all den Schwankungen der beiden Staatsmänner aus naheliegenden Gründen vielleicht nie, jedenfalls nicht in absehbarer Zeit, veröffentlicht werden; man würde sonst sehen, daß sie stets in offener und freundschaftlicher Weise eingeleitet worden sind und daß für die von Zeit zu Zeit aufgetretenen Kriegsergüsse zu keiner Periode der Verhandlungen eine Berechtigung bestanden hat.“

„Verruchter Verrat an Vaterlande.“

Die Hamburger Nachrichten dienen acht Jahre hindurch dem Spießhörn, in den der gefürchtete Wismard all sein Gift und alle seine Galle entleert. Er dieser Zeit spielen sie sich als das „nationalste“ Blatt Deutschlands auf, als das einzige, das wirklich in den Spuren des alten Eisenfessels einzieht, und sein Gefieder daß gegen die Sozialdemokratie gleich in der Lat dem Mannes, der die Partei in den ersten Wochen des Ausnahmestandes erschaffen wollte. Daß auf dem Parteitag zu Jena bei der Werpredung der Marokkofrage ein „Podewert“ begangen wurde, hat das edle Blatt beträchtlich entzündet, und darum sucht es gewaltfam andernorts der Partei „Gedverrat“ in die Schuhe zu schieben. Dein Obem schon ist Podewert und Wismardverdrängen schändlich es wie der Kaiser Hofherr in seines Wintermischen. Das Hugs hat es ein an der Friedendemonstration, die deutsche und französische Sozialdemokraten am vergangen Sonntag an der elstischen Grenze auf französischem Boden abhielten. Dazu schreiben die Hamburger Nachrichten:

Die Tatsache bleibt bestehen, daß die deutsche Sozialdemokratie in einer Zeit, wo das deutsche Volk einen Krieg mit Frankreich zur Wahrung seiner Ehre und seiner vitalen Interessen in den Bereich der Möglichkeit ziehen muß, über die Grenze gegangen ist, um sich mit dem Feinde vielleicht schon von morgen zu verdröhnen. Wenn

das nicht Verat, verrückt Verat an Vaterland ist, wissen wir nicht, wo ein solcher Verat anfangen sollte. Nicht genug der sozialdemokratischen Demonstrationen im eigenen Lande, demonstriert die deutsche Sozialdemokratie sozusagen im Heimbunde gegen das Vaterland, seine Ehre und seine Interessen. Und diesem Treiben sollte kein Ende gemacht werden können, wie es allein schon die Sicherheit des Landes gebietet? Wir meinen, die beruflichen Stellen hätten alle Verat, sich die Reben der Eichel und Wiesel in Erfahrung zu setzen, was sie anzuhaben, was sie zu tun haben. Sollen finden, an den besten Punkten geknallt werden können. Diese Demagogien sind einseitig, aber das blinde Gutmächeln verdient befürwortet zu werden. Denn das ist wahrhaftig der Gipfel Welt deutsche Sozialisten im Verein mit französischen sich gegen jeden Krieg erklären und die Regierungen bei der Bänder aufzubrechen, unter allen Umständen den Frieden zu wahren, deshalb sollen sie des Hoch- und Vaterlandverrat schuldig sein und — am liebsten natürlich im wörtlichen Sinne — an einen Galgen gehängt werden. Und wie schnell wieder die deutsche, die nationale Ehre zur Hand ist, wenn's gilt, den Hoch gegen die Sozialdemokratie zu führen! Vor rund vier Wochen sang's anders. Da schrieben eben dieselben Hamburger Nachrichten:

Die deutsche Ehre? Wir wüßten nicht, wie sie bei dieser Frage und Spiel. Unsere Handelsinteressen in Marocco sind rein materielle Natur, und wenn nämlich der Marocco, die von Berlin aus zur Zeit der Längerfrist getrieben worden ist, übertriebene Auffassungen vom Engagement Deutschlands Platz gegriffen haben, und wir dann wieder, weil wir in der Maroccofrage anfangs nicht höher hinaus gewollt haben, als es unsere Mittel erlaubten, die Konsequenzen daraus ziehen und zur Verständigung mit Frankreich im Jahre 1900 schreiten mußten, so mag das unseren Chancinverlieren gegen den Strich gegangen sein, aber die deutsche Ehre ist dadurch nicht im mindesten berührt worden. Die ganze Marocco-Affäre ist nichts anderes, als ein Geschäft zwischen Deutschland und Frankreich, bei dem jeder, ganz berechtigt, aber im großen Maße auf die vorausgeschickten, aber im Leben keine Ehrensache! Nachdem wir auf den französischen Markt nach Paris mit der Entscheidung unserer Streitigkeit geantwortet haben, sieht die Partei vollständig gleich, und man kann den Weg der Verständigung beschreiben, ohne daß die eine oder andere Partei Einbuße an Ehre erlitten. Ob dies den Mannesmannen und ihren Vertretern recht ist, ist wieder eine andere Frage; jedenfalls haben sie kein Recht im Namen des deutschen Volkes gegen den bevorstehenden Ausgleich zu protestieren.

Sehr, sehr richtig! Aber wenn die Sozialdemokratie sich dagegen wehrt, daß aus einem solchen Geschäft für das deutsche Volk ein Krieg entsteht, denn ist die „nationale Ehre“ engagiert und es liegt Vaterlandverrat vor. Als wenn einem nicht an sich schon übel würde, wenn diese Bande das Wort „deutsche Ehre“ in den Mund nimmt!

Zum Kampfe gegen die Teuerung.

Die Regierung teilt wieder mit. Es wurde berichtet, daß von dem Reichsregierungs-Vorhaben gegen die Teuerung, so ein Ausnahmeverbot für Marocco, in gänzliche Weglassung der Getreidezufuhr für eine unbestimmte Zeit. Wie die agrarische deutsche Tageszeitung erzählt, entstehen diese Mittelungen lediglich Begünstigung. Das war eigentlich zu erwarten, denn wenn man der Regierung einmal zutraut, sie könnte gegen die fluchbeladene Agrarpolitik auch nur den leisesten Stoß unternehmen, so ist man freis auf dem Holzwege.

Verkauf von Kartoffeln durch die Gemeinden. Die Berliner Vorortgemeinde Johannisthal hat beschlossen, den Einkauf von Kartoffeln für die Einwohner in die Hand zu nehmen. Durch eine Umfrage soll die Höhe des Bedarfs festgestellt werden.

Was in Johannisthal durchgeführt werden kann, sollte doch wohl in anderen Gemeinden auch möglich sein. Und ebenso gut wie Kartoffeln können auch andere wichtige Lebensmittel durch die Kommunen betrieben werden. Die Forderungen, die auf diesem Gebiet von der Sozialdemokratie erhoben werden, sind also durchaus erfüllbar. Es kommt bloß auf das Willen an!

Das Monopol.

[Nachdr. verb.]

Sozialer Roman aus dem russischen Volkstleben von Karl Ruhl.

Warwara Dmitriowna blickte betrübt zu Boden. Ihr schmerzlicher Wunsch, ihren geliebten Sohn, den Leben des reichen Ouses, glücklich verheiratet zu sehen, sollte also unerfüllt bleiben. Sie hatte sich schon wiederholt um eine passende Partie für ihn bemüht, aber alle ihre Bemühungen waren an seinem feinsinnigen Widerstand gescheitert. Ihr letzter Plan war, ihn für Alexandra Kowalowna, die Tochter des Gutsbesitzers der Nachbarnschaft, zu interessieren. Die junge Dame war aus berühmten Eltern, die in St. Petersburg erzogen worden, hielt sich erst unglücklich in Gorbudjewa — dem Orte ihres Vaters — auf, hatte Gelegenheit gehabt, mit dem Reichsminister, einem Male zusammenzutreffen, für den jungen Mann ein sehr attraktives Gefäß und nach sich zur Freude Warwaras Dmitriownas alle erdenkliche Rühre, durch wohlüberlegte Hofetiquette auf ihn Eindruck zu machen. Sie hatte ihn schon mehrere Male aufgesucht, sie auf ihren Späterritten zu begleiten, und als höflicher Cavalier hatte er ihre Entladungen nicht abweisen können. Warwara Dmitriowna hatte sich darüber außerordentlich gefreut. Um so enttäuschter war sie, als er vor einiger Zeit die Spazierritte einstellte. Er hatte sich nämlich bereits zweimal wegen Ueberhäufung mit Arbeit — infolge der Umbauten in der Wenzersstraße — entschuldigt, und mußte jetzt spöttisch darüber lächeln, daß die junge Dame in seiner Abwesenheit nach Duxowka gekommen war, um — wie sie selbst gegen seiner Mutter gelagt hatte — ihn für seine Mühseligkeit geübt auszusagen.

Nach längerem Schweigen sagte Warwara Dmitriowna zu ihrem Sohne: „Du weißt gar nicht, wie sehr ich für alles interessiert, was dir irgendwem nahe geht. Ich erzählte dir zum Beispiel die Geschichte deiner Geliebten aus Radowino, — und du hättest nur sehen sollen, welcher tiefes Mitleid ich für das Mädchen an den Tag legte. Sie schämte sich nicht für Radowino und sagte sogar, noch ehe du daran gedacht hast, es wäre das beste, wenn sie zu uns aufs Gut käme. Ich sehe ja nichts als etwas Bildung, und sie — das heißt Alexandra Kowalowna — würde sich ein ganz besonderes Vergnügen daraus machen, die kleine Regierung zu unterstützen. Du wolltest nicht, — schon aus politischen — die eingekerkerten Spazierritte wieder aufzunehmen.“

„Um“, meinte Gled Michailowitsch, „damit ich es noch Zeit. Für mich heißt's jetzt: an die Arbeit! Sobald ich einige Tage abwesend bin, heuert es an allen Ecken und Enden. Der Bau muß fortgesetzt werden, damit er zum Termin fertig wird, die

Teuerungszusage für Beamte?

Der Berliner Vorkamerger will wissen, daß im preussischen Finanzministerium ein sehr eingehendes Studium über die Gewährung einer einmündigen Teuerungszusage an die Staatsbeamten „Erwägungen“ föhnen“. Um eine Teuerungszusage für etwaige Bedürfnisse zu fassen, seien die einzelnen Verwaltungen befragt worden, inwiefern dort ein Bedürfnis für eine Teuerungszusage anerkannt werde. Vorstichsweise fügt das Blatt hinzu, daß es noch dahinstehen, ob sich die Erwägungen auf Beamte beziehen würden. Die letzte Teuerungszusage wurde im Jahre 1908, zugleich mit der Besoldungsreform, durchgeführt.

Die ganze Geschichte sieht sehr nach Stimmengang und nach Wahlmacht aus.

Agarische Woiwodschaft

Am Tag veröffentlicht „Laliban“ ein Spottgedicht gegen die Wiener Teuerungsdemonstrationen, das mit folgender vielschlagiger Strophen lautet:

Die Revolte nicht bricht.
Wenn dir in den Eingeweiden
Esch' neblial Bohnechaden
Wirkt du nie mehr Hunger leiden.

Laliban, der altbuholischerkationäre Seldensänger des Tag, heißt im Privatleben Richard Kordauschen und ist Redaktionschef des Organs des Bundes der Landwirte der Deutschen Tageszeitung. Die Wortführer der Bauwucherer sind ihrer juteindigen Auftraggeber würdig.

Reichsprämien für die Auszahlung des Volkes.

Nach dem letzten Ausweis über Deutschlands Außenhandel für Getreide in den laufenden Erntejahre betrug in der Zeit vom 1. August bis 10. September 1911 die Ausfuhr:

von Roggen	191 988	Doppelpennies
insgesamt	1 068 970	„
von Weizen	475 449	„
von Weizenmehl	157 562	„
insgesamt	633 011	„
von Hafer	244 815	„

Es wurden also an Ausfuhrprämien gezahlt:
für Roggen u. Weizenmehl auf den Doppelpennies 5.— 4) 594 850 Mk.
für Weizen u. Weizenmehl „ 5,50 „ 3 481 560 „
für Hafer „ 5.— „ 1 224 078 „
insgesamt 10 200 486 Mk.

Der Einfachheit halber ist die Ausfuhrprämie für den Doppelpennies Weizen aus nur mit 5 Mark und 650 Mark in Rechnung gestellt, in Wirklichkeit ist die Mehrprämie noch höher. Der Reichsstatistik sind aus der Ausfuhr von Roggen Barverlöhne im Betrage von 220 Millionen Mark erwachsen, das die Zoll-einnahmen aus der Roggenzufuhr von 219 Millionen Mark betragen. Noch viel schmäler als diese Ausfuhr der Reichsstatistik sind die durch die Ausfuhrprämien bewirkten weiteren Verteuerungen von Roggen, Weizen und Hafer. Das Ausland hat für die in der Zeit vom 1. August bis 10. September über die Grenze geschaffenen Mengen deutschen Getreides 10,20 Millionen Mark weniger bezahlt, als die deutschen Verbraucher für die gleiche Menge Getreide bezahlen mußten.

Allein in den ersten sechs Wochen des Erntejahres 1911 sind die Ausfuhrprämien und die überaus billigen Exporttarife von Deutschland wegen mehr Zuwendungen gemacht worden, als die Regierungen wohl für ihre ganze Kolonialaktion auszubringen beabsichtigen.

Mittelständler, Gastwirte, Wahlen.

In Dresden wurde ein Verband des reichsdeutschen Mittelstandes gegründet. Nach dem angenommenen Statutenentwurf soll ein „Mittelstandsvorbund“ zur Zusammenfassung aller mittelständlichen Körperlichkeiten zur Wahrung der Berufs- und Standesinteressen unter Ausschluß parteipolitischen Wirkens sein. Als parteipolitische Wirkensrichtungen gelten aber nicht Aufklärungen und Weisungen über parlamentarische Verhandlungen, über Gesetzesvorlagen wirtschaftlicher Natur und über die Stellung der einzelnen politischen Parteien an einander.

Die neue Mittelstandsbewegung soll das Gebilde sein, das reaktionäre Wirtschaftspolitik schon lange erziehen, um die

Gastwirter nur eine Woche einzuhalten. Das der vorgeschobenen „Neutralität“ nur ein sehr laienhaftiges Mäntelchen ist, und den wirtlichen Charakter der neuen Vereinigung nicht zu verbergen vermag, beweist die Auslegung, die dem Statut von der parteipolitischen Betätigung gegeben wurde.

Die bürgerlichen Gastwirte gegen den schwarzen blauen Bloß. Der Reichsverband deutscher Gastwirte hat, wie liberale Blätter melden, in seiner letzten Sitzung zur kommenden Reichstagswahl Stellung genommen und folgenden Beschluß gefaßt:

„Geldens dem Reichsverband deutscher Gastwirte anzuheben, der für die Reichsfinanzreform seinerzeit gestimmt hat. Dagegen soll jeder Kandidat die Stimme erhalten, gleichviel welcher politischen Partei er angehört, sobald er das Versprechen gibt, daß er für die Interessen des Gastwirtsstandes eintreten und jede Sonderbesteuerung von ihm fernhalten will.“

Im diese Beschlußfassung weitestgehend bekannt zu machen, soll den Verbandsvereinen ein Flugblatt übermittelt und zur Beachtung empfohlen werden.

Die Konzeption des Reichs. Die Konzeption des Reichs, die bisher launigen Gastwirte aus die unläuteren Einflüsse, die gegen die Unterlegung sozialdemokratischer Kandidaten gerichtet sind, mutig zurückweisen.

Deutsches Reich.

Grundbesitzer als Steuerbeiträge. Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung meldet an der Spitze ihrer Nr. 22: „Nach Bestimmung der Reichsfinanzreform sind die Grundbesitzer in denen zur Bewertung bestimmter Grundbesitzverhältnisse errichtet werden, deren Zweck es ist, die Zuwachssteuer zu erproben. Die Grundbesitzer sind sich bei der Wahl dieser Gesellschaftsform darauf zu setzen, daß 3 des Zuwachssteuergesetzes, in welchem dem Uebertrag des Eigentums an Grundbesitz gleichgestellt wird der Uebertrag von Rechten an dem Vermögen von Grundbesitzverwertungsgesellschaften, die Mitwirkenden nicht erwähnt. Vor der weiteren Ausführung derartiger Verträge muß gewarnt werden. Soweit die erwähnten Grundbesitzer nicht etwa nach allgemeinen Grundbesitzverhältnissen niedig oder bereits nach § 6 des Gesetzes steuerpflichtig sind, würde der Bundesrat hier alsbald in die Kompetenz der Reichsregierung übertragene Ermächtigung zu machen und die erwähnten Grundbesitzverträge, die es ohne unter § 1, 5 des Gesetzes zu folgen — einem anderen ermöglichen, über das Grundbesitz wie der Eigentümer zu verfügen“, für steuerpflichtig zu erklären. Einzelne Erwägungen hierüber sind im Gange.“

Die Gemeinden haben sich bisher schon, wenn auch noch vielfach herabgesetzt, bemüht, durch eine besonders vorzügliche Fällung der Steuerordnungen den obigen geizigen Praktiken der Grundbesitzverwertung entgegenzutreten.

Entschädigungen an die Opfer des Eßner Meindeprozesses. Der Justizminister bewilligte dem in Meindeprozess Schöder umfänglich beurteilten ehemaligen Zeitungsvorleger Meyer 7000 Mk. und dem Vergmann 20 000 Mk. als Entschädigung. Soweit bei Meyer Schödererich für die seit 1903 eingetretene Erwerbsunfähigkeit verlangt wird, bleibt die Entschädigung vorbehalten, die von beiden geltend gemachten Mehransprüche wurden als „unbegründet“ abgelehnt.

Seine Laubbauweise in Berlin. In seiner Sitzung am Sonnabend hat der Berliner Magistrat, besonders der sozialdemokratischen Stadtratsmitglieder, beschlossene Beschlüsse über die Einführung der Zufuhrsteuer zu erwidern. Wie aus dem Magistratsbüro gemeldet wird, ist die Vorlage aufgegeben worden, weil der Magistrat aus den bisherigen Verhandlungen die Ueberzeugung gewonnen hat, daß an eine Annahme im Plenum der Stadtratsordnungen doch nicht zu denken ist. Der in den Etat für 1911 eingestellte Betrag der Zufuhrsteuer in Höhe von 1 150 000 Mark kommt dadurch in Abfall; er soll aus den Ueberflüssen des Vorjahres gedeckt werden.

Antifeministischer Kandidat. Die sozialdemokratische Parteileitung stellte in einer Verammlung in Treptow für den Wahlkreis Homburg-Gröden-Regenrain an Stelle des verstorbenen

und ihre Standhaftigkeit im Hause des Rates. Das war seiner Meinung nach auch alles!

„Das kein Interesse aber noch einen tiefer liegenden Grund hatte, als er sich selbst eingekerkert überreichte, wurde ihm erst nach drei Tagen klar. Die Ursache war, daß er sich in der Hofkammer über den Hof der Brennerer aufhielt. Der Brief lautete:

Mein lieber Freund Gled Michailowitsch!
So schwer es mir auch wird, so bin ich doch verpflichtet, Ihnen eine höchst bewunderliche Mitteilung zu machen. Es handelt sich — wie Sie ja selbst vermuten werden — um Radowino. Sie ist an einem heftigen Nervenleiden erkrankt. Und das Schlimmste ist, daß die Schuld dieser Erkrankung ganz zweifellos mit trifft. Trotzdem, daß Sie sich das ja auch schon selbst hätten denken können, muß ich es doch unumwunden aussprechen, um Ihnen zu bereuen, daß ich nicht so fröhlich bin, ein begangenes Unrecht irgendwie zu verschleiern, mich — sozusagen — von der Schuld rein zu waschen. Es ist klar, daß die Erkrankung eine unmittelbare Folge der starken Nervenregung ist, welche Sie während und nach der Synode infolge meiner Unachtsamkeit — ich möchte fast sagen Dummheit — zu überleben hatte. Sie werden also Ihren Plan, das Mädchen in einigen Tagen nach Duxowka zu bringen, einstweilen aufgeben müssen. Um Ihrer Vergebung kann ich übrigens sagen, daß Radowino so erkrankte Scheu mir gegenüber verschwunden ist. Das ist auch der Fall mit der Frau, die ich in meinem Hause verpflegt habe. Meine Frau läßt Ihnen sagen, daß Sie der Pflege wegen in jeder Beziehung Ihnen sorgfältig folgen. —
Gut noch, daß das Mädchen nicht hysterisch prädisponiert ist. Dadurch wird die Prognose etwas günstiger. Sollte die Krankheit aber einen schlimmen Ausgang nehmen, was ich nicht hoffen will, — so werde ich natürlich nicht ermannen, doch meine Kollegen zu konsultieren, damit Sie leben, das meinerseits alles getan wird und werden soll, was ich — infolge meiner Schuld — doppelt verpflichtet bin. — Es ist natürlich auch selbstverständlich, daß Radowino ganz in meinem Hause verpflegt wird. Meine Frau läßt Ihnen sagen, daß Sie der Pflege wegen in jeder Beziehung Ihnen sorgfältig folgen. —
Gut noch, daß das Mädchen nicht hysterisch prädisponiert ist. Dadurch wird die Prognose etwas günstiger. Sollte die Krankheit aber einen schlimmen Ausgang nehmen, was ich nicht hoffen will, — so werden Sie, wenn vielleicht auch betrübt, so doch im Gemüt ruhig bleiben können, während ich mein Leben lang keine Ruhe mehr finden werde!
Meine Frau und ich begrüßen Sie recht herzlich und erwidern bald Ihren freundlichen Besuch.

Ihr Freund S. Stolowitsch,

Reichstagsabgeordneten Liebermann von Sonnenberg den Generalstreik der deutschsprachigen Partei, Königinnen aus Hamburg, als Reichstagskandidaten für die bevorstehende Wahl auf.

„Sozialdemokratische Arbeiterpartei in Wien.“ In der Sache gegen die Selbstverwaltung der Ortskrankenkassen glaubte auch die Tremonia, das bekannte Dortmunder Zentralblatt, sein Teil beitragen zu müssen. In einer Wochenplauderei wurde auch der Vorstand der Dortmunder Ortskrankenkassen angegriffen und von sozialdemokratischen Mitgliedern gescholten. Die sozialdemokratischen Vorstandsmitglieder und der Vorsitzende der Kasse trugen Klage gegen das Blatt an. Es dauerte lange, ehe die Sache zum Abschluss kommen konnte. Der Angeklagte, Redakteur Spanta machte immer wieder Rücksicht. Schließlich suchte er sich zu retten mit der Angabe, Lambert Lenfing, der Verleger des Blattes, sei der Verfasser und er selbst sei, als der Artikel erschien, bereits gestorben.

In der Wochenplauderei erklärten zwei bürgerliche Unternehmer, die dem Vorstand angehörten, die Behauptung der Tremonia sei unanständig. Es sei keine Kritik, sondern nur geliebte Worte. Ja, die sozialdemokratischen Mitglieder des Vorstandes hätten mehr getan als ihre Pflicht, um das Interesse der Kasse zu fördern.

Oesterreich-Ungarn.

Regierung und Eisenbahnen. Feuerung und Wohnungsgeldern haben die Angestellten und die Beamten der Eisenbahnen gemungen. Lohnforderungen zu stellen. In einem außerordentlichen Memorandum haben sie der Regierung ihre Forderungen überreicht. Sie sind entsetzt, wenn die Regierung nicht rechtzeitig nachgibt, zur Befreiung der Passanten aus dem Bereich des Streiks zu greifen. Wie die Neue Presse erzählt, beschäftigt sich die Regierung mit der Abfassung eines Gesetzes, welches einen nicht unbedeutenden Teil der Forderungen der Eisenbahnenbeamten zu erfüllen geeignet ist. Die Gesetzesvorlage wird im Laufe des Oktober von der Regierung beim Parlament eingebracht werden. Gleichzeitig wird eine Vorlage vorgelegt werden, welche die Dedungsfrage für dieses Gesetz regeln soll.

Das Volk gegen die Lebensmittel. In Kattowitz (Schlesien) kam es zu großen Leuzungsdemonstrationen. Mehrere tausend Arbeiter bombardierten das Getreidemagazin. Sie schlugen die Fenster Scheiben einer Zuckerfabrik ein und demolierten das Tor einer anderen Fabrik. Militär und Gendarmerie rückte aus. Es kam wiederholt zu heftigen Zusammenstößen mit der Wenge, welche nach in die benachbarte Stadt Sedlitz zog. Ein Gendarm wurde verletzt. Es wurden „strenge Ausnahmeverfügungen“ erlassen.

Italien.

Kriegsrüstungen? Verschiedene Anzeichen sprechen dafür, daß Italien die Absicht hat, eine Expedition nach Tripolis zu unternehmen, um seine dortigen wirtschaftlichen und politischen Interessen besser zu wahren. Kommt es zu keiner Verhängnisung mit der Türkei, die einen solchen Eingriff nicht ohne weiteres ruhig hinnehmen kann, so sind erste Vermutungen, ja ein event. Krieg zwischen den beiden Mächten nicht ausgeschlossen. Italien scheint sich bereits auf eine solche Möglichkeit vorzubereiten. Aus Rom kommt die Meldung: Nach einem gestern veröffentlichten Anruf des Kriegsministeriums sind für Dienstag 100 000 Mann der Infanterie entlassen 1888er Klasse in der Reserve worden. Diese Maßregel beweist, daß die Regierung jetzt dem Antritt der öffentlichen Meinung nachgehend, zu resoluten Vorgehen entschlossen ist. Die zweite Mittelmeer-Flotte ist mit vier Regalen Erbes von Syracuse abgegangen, man nimmt an nach Tripolis.

Wie aus Buehig abgemeldet wird, wurden die Dampfer Bosnia, Serbia und Rio der nationalen Transportgesellschaft, die dieser Tage nach der Levante auslaufen sollten, auf Anweisung der Regierung in Venedig zurückgehalten und warten weitere Befehle ab.

In „betimmterrichteten“ Wiener diplomatischen Kreisen verlautet allerdings, daß die italienische Regierung vorerst in Konstantinopel verharren werde, die Ueberlassung weitgehenden Einflusses in Tripolis gegen eine Geldentschädigung zu erwerben. Erst wenn die Türkei dieses ablehnen sollte, ist eine militärische Expedition nach Tripolis vorgesehen.

In der Türkei hat das Vorgehen Italiens begrifflicher Weise lebhafte Unruhe hervorgerufen. Die Konstantinopeler Zeitungen bezeichnen eine etwaige italienische Tripolis-Expedition als infam. — Die türkische Regierung hat bei allen Mächten mit Ausnahme von Italien Nachfragen über ihre Ansichten über Tripolis eingezogen, und die Antwort erhalten, daß über diese Frage keine Verhandlungen stattfinden. Die Mächte fragen, weshalb die italienische Regierung die Nachrichten von einer Befreiung Tripolis nicht demütert habe. Wie gerüchelt verlautet, wird die Türkei die Unterstützung Deutschlands nachsuchen. Einweisen werden die militärischen Vorbereitungen fortgesetzt. Die türkische Regierung hat vier Dampfer mit Waffen und Munition beladen lassen. Diese Dampfer sollen nach Tripolis gehen und liegen unter Dampf. Ihre Abreise verzögert sich jedoch noch, da die Regierung einen italienischen Handstreifer befürchtet. Die türkischen Kriegsschiffe, die augenblicklich Kreuzfahrten unternehmen, sind von der britischen Küste zum Schutz der Dardanellen zurückgerufen worden.

Konstantinopel, 24. September. Der Abgeordnete Israel Daffi Bahadere führt in einem bemerkenswerten Artikel über Tripolis aus: Falls Italien die Absicht hat, Tripolis zu annektieren, muß es sich vor Augen halten, daß die Türkei nicht Marokko oder Senegal ist. Deutschland und Oesterreich dürfen ein solches Vorgehen Italiens niemals dulden, insofern der besonderen Stellung, die die Türkei auf dem Balkan und in Europa einnimmt. Will Italien Tripolis erobern, so muß es mindestens 100 000 Mann bereitstellen.

Die italienischen Arbeiter gegen das Abenteuer der Regierung. Mailand, 24. September. Der Allgemeine Arbeiterrat will am Tage, an welchem Italien seine Expedition nach Tripolis ins Werk setzt, zum Zeichen des Protestes den Generalstreik erklären.

Paris, 26. September. Mailin meldet aus Rom: Gestern abend beschloß die Arbeiterrat in Rom, sich mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln, eventuell mit einem Generalstreik, der Expeditionspolitik der Regierung zu widersetzen. Die Arbeiterkammer von Florenz hat ebenfalls beschlossen, falls eine Expedition nach Tripolis stattfinden soll, die Abfahrt der Soldaten zu verhindern. Die Demokraten in Genoa sind gleichfalls bereit, gegen eine Expedition Einspruch zu erheben. Ein ähnlicher Beschluß wurde von dem republikanischen Komitee in Mailand gefaßt. Dagegen sind die Demokraten in Palermo der Regierung günstig gestimmt und treten energisch für die Rechte Italiens in Tripolis ein. Die große Mehrheit der Radikalen und speziell der Republikaner in den mittleren Provinzen sind der Regierung ebenfalls günstig.

Belgien.

Die Bekämpfung der Leuzung. Der Kabinetschef wird in der kommenden Woche eine Abordnung der parlamentarischen Sozialisten empfangen. Die ihm vorzulegende Vorschläge über eine gründliche Bekämpfung der Lebensmittelverleuzung machen will. Die Sozialisten beabsichtigen andererseits, eine außerordentliche Sitzung des Parlaments zu verlangen, damit die Kammer Gelegenheit habe, über eine Abhilfe der bestehenden Leuzung zu beraten.

England.

Der Eisenbahnerstreik in Irland. Die führende Organisation der britischen Eisenbahner, die Amalgamated Society of Railway Servants, hat den allgemeinen Eisenbahnerstreik über ganz Irland erklärt. Das ist die Antwort der Arbeiter auf die Weigerung der Direktoren, mit der Entlassung und Maßregelung von Angestellten, die keine Streikbrecherware handhaben wollen, aufzugehen. Da die Eisenbahndirektionen sich überhaupt nicht dazu bequemen wollen, mit den Vertretern der Arbeiter zu verhandeln, ist zu dem ursprünglichen Kampfesobjekt bereits der weitere von der Anerkennung der Gewerkschaft getreten.

Die Wirkung des Aufruhrs zum Generalstreik macht sich förmlich mehr fühlbar. Bisher erstreckte sich der Streik hauptsächlich auf den Süden des Landes, jetzt kommen auch aus den nördlichen Teilen, vor allem aus Belfast, nacheinander die Nachrichten von allgemeinen Arbeitseinstellungen und Stillstand des Verkehrs. Im Süden ist der Verkehr vollständig paralysiert. Die dortige Lage wird als beispielsweise in der Geschichte Irlands geschildert. Eine ganze Anzahl von Städten ist isoliert und mehrere von ihnen sollen geradezu mit Hungersnot bedroht sein. In Dublin sind die Preise der Nahrungsmittel stark gestiegen.

Die Bürgermeister machen Versuche, den Kampf von hinten herum zu beugen, indem sie sich bemühen, den Streik bei den Bauhelfern, deren Streikbrecherwesen den Konflikt auf den Eisenbahnen herauszufordern hat, ein Ende zu machen. Das hieße natürlich der Hauptkriegsziel aus dem Wege gehen, denn selbst wenn es dadurch gelingen sollte, den Eisenbahnerstreik zu beugen, so würde er bei der ersten Gelegenheit wieder ausbrechen. Die Regierung, und zwar sowohl das Londoner Handelsministerium, wie auch die Dubliner vierjährige Regierung, bemühen sich dagegen, die Parteien in Unterhandlungen miteinander zu bewegen. Bisher sind aber alle diese Versuche an dem hartnäckigen Widerstand der Eisenbahndirektionen gescheitert.

Reine politische Auslandsnachrichten.

Der Jar und sein Epichelchem. Wäterschen hat angeordnet, daß, unabhängig von der ganzen Unterdrückung über den Anschlag auf Stolypin, eine eingehende Untersuchung der Tätigkeit der politischen Polizei von Kiev vorgenommen werden soll, mit der auf laizistischen Vorschlag Senator Trusewitsch betraut worden ist. — Das Ergebnis dieser Untersuchungskommission wird sein: es bleibt alles wie es war. — Der persische Gesandte soll der Meldung einer Petersburger Zeitung zufolge durch die Wäterschen angefangen genommen worden sein. Nach einer Bestätigung zufolge ist aber in Teheran nichts davon bekannt. — Zu einer Straflingsrevolte kam es in einem Bardschauer Gefängnis. Die Ursache war die untragbare Behandlung. Zur Niederschlagung der Revolte wurde Militär herbeigeholt, das von der Feuerwaffe Gebrauch machte. Ein Arrestant wurde getötet, zahlreiche andere wurden verwundet.

Wagrows Ende. Wagrow, der Anführer von einem Dzinanen befreite, ist Sonntag nach in Newer Rejnungshof gefesselt worden. Der Gunter hat sich seines Opfers rühm demütigt.

Verantwortlich für Zeitartikel, Politische Ueberblick, Parteiennachrichten Paul Hennig, Ausland, Gewerkschaftliches, Feuilleton und Vermischtes Karl Wot, Lokales, Provinziales und Versammlungsberichte Gotil. Kasparek, sämtlich in Halle.

Hus der Partei.

Die Stuttgarter Differenzen.

Der Sozialdemokratische Verein Stuttgart nach in seiner fünfzehnten Versammlung am Freitag den Bericht vom Parteitag in Jena entgegen. Die Versammlung war von rund 1000 Genossen besucht. Es referierte Genosse Dunder und Reichstagsabgeordneter Dillenbrand. Folgende beide Resolutionen gelangten mit sehr harter Mehrheit gegen etwa 150 Stimmen zur Annahme:

1. Die Parteiverammlung dankt der Genossin Dunder für die energische Vertretung der Interessen der Stuttgarter Parteigenossen. Sie verurteilt entschieden, daß die anderen Delegierten des Stuttgarter Wahlkreises diesen Interessen ökonomisch entgegen gehandelt haben.

2. Die Parteiverammlung beauftragt, daß der Landesvorstand entgegen dem Beschluß des Parteitages die Maßregelung der Redakteure Weismeyer und Rittke vorgenommen und die Neueingabe der Redaktion in die Wege geleitet hat, bevor die Prekommission sich hat konstituiert. Der Landesvorstand hat dem Parteivorstand ein vermittelndes Eingreifen möglich war. Die Parteiverammlung beurteilt aus schärfste die gegen Rittke ausgesprochene der Schwäbischen Tagewacht gegen die Mehrheit der Stuttgarter Parteigenossen sowie die systematische einseitige Information der Parteigenossen über Parteianglegenheiten.

Auszug vor der Versammlung hatte der Chefredakteur Reil in der Tagewacht noch einen Artikel veröffentlicht, der sich sehr unfavourable gegen die Genossin Dunder wandte. In der Versammlung fand dieser Angriff energische Zurückweisung. In dem Artikel war aber auch dem Parteivorstand, der beauftragt auf Beschluß des Parteitages eingetreten soll, ein Fußtritt besetzt worden. Es hieß da:

Die müttelbergische Landesorganisation, die zu allen Zeiten im Rahmen der Gesamtpartei ihre Aufgaben treu erfüllt hat, die im letzten Jahr überraschend große Fortschritte gemacht hat, verdient nicht, vor der ganzen Welt herabgesetzt zu werden. Sie wird auch keinen Flecker anerkennen, der sie anweist, „im Sinne und Geiste der Gesamtpartei“ zu wirken. Sie kann in höherem Grade für sich in Anspruch nehmen, mit dem Sinne und Geiste der Gesamtpartei übereinzustimmen, wie diejenigen, die als ihre Vorgänger auftraten.

Die Verhöhnung des Parteivorstandes als „Pfeifer“ und Normung ist eine direkte Auflehnung gegen den Willen des Parteitages.

Befolgungen der Presse.

Der „Verantwortliche“ der Stuttgarter Tribune, Genosse Rübner, wurde wegen angeblicher „Beleidigung“ eines Mannes verurteilt, der auf dem Stuttgarter Bahnhofe Streikbrecher in Empfang nahm und sie vor Verhaftung mit Streikposten hütete. Der Staatsanwalt beantragte sechs Wochen Gefängnis und wüßte, daß die Verurteilung der anderen Redakteure dem unehrlichen Angeklagten erförderlich freigesprochen würden. Das Gericht verurteilte Rübner zu drei Wochen Gefängnis.

Gelbe Ehrenrettung. Der „verantwortliche“ Redakteur der Augsburgener Volkszeitung erhielt drei Mark Geldstrafe, weil er einen Wahlsonntag von einem gelben Arbeiter, auf dessen ausdrücklichen Wunsch über die Stimmzettel, aus dem gelben Stumpf der Wahlenfabrik, auf daß die rote Blut feige“, quittierte hatte. Ein Vorstandsmittglied des gelben Vereins stimmte deshalb „Beleidigungsfrage“ mit dem erwähnten Erfolg an.

Gewerkschaftliches.

Lohnbewegung im niederösterreichischen Bergbau.

Die Bergarbeiter des Waldenburger Reviers haben durch die Arbeiterschlüsse den einzelnen Gruben die Forderung auf eine Prozentige Lohnserhöhung zugehen lassen. Sie begründen ihre Eingaben mit dem Hinweis auf die von Tag zu Tag drückender werdende Leuzung und weisen ferner darauf hin, daß die Löhne seit Anfang 1908 merklich herabgegangen sind und jetzt noch 11 bis 13 Pf. pro Schicht niedriger sind als Ende 1907. Eine Lohnserhöhung von 15 Prozent wäre ein immer noch mäßiger Ausgleich gegenüber der Lohnhöhe und den Lebensmittelpreisen zu Ende des Jahres 1907. Eine weitere Forderung geht dahin, den Lohnzuschlag für alle Kategorien der Grubenarbeiter um 1,50 Mark pro Woche zu erhöhen.

Auf diese durch die Arbeiterschlüsse eingereichten Forderungen haben die Werksleitungen noch keine offiziellen Antworten erteilt. Durch die von den Gruben abgängigen bürgerlichen Blätter geht die Nachricht, daß die Direktion nicht geneigt sei, Lohnserhöhungen zu gewähren. Angewiesen haben einzelne Grubenverwaltungen größere Mengen der wichtigsten Lebensmittel angekauft und wollen sie nun zu Preisen, die niedriger sind als die Marktpreise, an die Arbeiter verkaufen. Das entspricht den Wünschen der Arbeiter keineswegs, sie würden dadurch in noch höherem Grade an die Unternehmer gefesselt. Mit solchen Lebensmittellieferungen fangen in der Regel die Gründungen von Grubenverwaltungen an, die im Waldenburger Zinkrevier vor der Grubenmagazin Büchlich zuerst ins Leben gerufen hat. Daß solche Unternehmungen den Arbeitern nur scheinbare Wohlfahrtseinrichtungen, den Unternehmern aber neue Gewinnquellen darstellen, ist genügend bekannt. Und daß es sich bei dieser angeblichen Hilfsaktion der Unternehmer um eine ähnliche Entwicklung der Dinge handeln könnte, das befürchten auch diesmal die niederösterreichischen Bergleute.

Sunlicht

Seife

10 & 25 Pfenning



**Seidenstoffe, Spitzen, Bänder,
Weiße, farbige Gewänder,
Jeden Schleier, jede Schleife,
Reinigt mir die Sunlicht Seife!**

P-A-to!

Grosse Ulrichstrasse.

Deutsch. Metallarbeiter-Verband, Verwalt. Wittenberg.

Dienstag den 26. September 1911 abends 8 Uhr
in Freudenborger Saal:

Sichtbildervortrag

über: **Metallverarbeitung und Arbeiterschutz in der Metall-Industrie.**

Vertraggeber: **Kolleg. Ges. Unterbach, Stuttgart.**

Alle in der Metall-Industrie beschäftigten Arbeiter, Werkmeister und technische Angestellte sowie die Herren Arbeitgeber sind hierzu freundlich eingeladen. — Eintrittspreis im Vorverkauf bei den Unterführern 20 Pf., an der Kasse 25 Pf.

P-A-to!

Grosse Ulrichstrasse.

Walhalla-Theater
Letzte Woche!
Gastspiel Segommer.
Ab heute
auf Wunsch: **Becker** als Fliegengitlö-
Holzrich.

Stadt-Theater
in Halle a. S.
Direktion: **Ges. Hofrat M. Ehrhard.**
Dienstag den 26. Septbr. 1911
18. Abonn.-Vorstellung, 2. Viertel.
Zar und Zimmermann.
Komische Oper in drei Akten
von Albert Lortzing.
Sprengöffn. 7 Uhr. Anfang 7 $\frac{1}{2}$ Uhr.
Ende gegen 10 $\frac{1}{2}$ Uhr.
Mittwoch den 27. Septbr. 1911
Nachmittags 3 Uhr:
Schüler-Vorstellung zu
ganz kleinen Preisen.
Maria Stuart.
Trauerspiel in 5 Akten
von Friedrich Schiller.
Abends 8 Uhr:
19. Abonn.-Vorstellung, 3. Viertel.
Das Rheingold.
Vorabend zur Trilogie „Der Ring
des Nibelungen“ von R. Wagner.

Tisch-Lampen
Unsere Lampen brennen vorzüglich und haben
elegantestes Aussehen.
Extra gute Brenner. — Moderne Füsse.
C. F. Ritter,
Leipzigstrasse 90. Halle a. S. Leipzigstrasse 90.

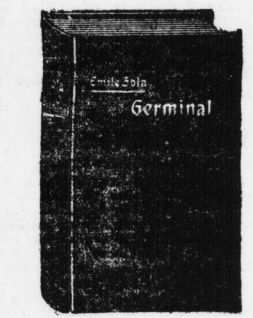
Apollo-Theater.
Direktion: **Gustav Keller.**
Nur noch 6 Tage!
Liliput
„Das Reich der Zwerge“.
Mittwoch d. 27. Septbr. nachm. 4 Uhr:
6r. Extra-Vorstellung.
Auftreten der
Liliputaner
mit einem ebenso gewählten
Programm,
u. a.: **Die Märchenphantasie**
„Aschenbrödel“.
Samstag-Nachmittags-Premiere.

Bekanntmachung.
Infolge einer Polizei-Verordnung darf der Wasser-
abschlag wieder nicht stattfinden und kann der avisierte
Fischverkauf leider noch nicht stattfinden. Bestimmter
Termin wird noch bekannt gegeben.
Fischermeister Kupper.
Ilmungs- **2 Bettstellen**
halber mit Matratzen billig zu ver-
kaufen Schwelchkestr. 4, I.

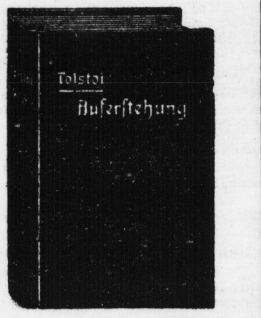
Kartoffeln,
unfortierte Up to date, zu
Speise, Saatz u. Futterzwecken,
Donnerstag eintreffend, desgleich.
Wintertartoffeln,
in div. gut anprobirten Quali-
täten, offeriert billigst
R. Goedicke, Markt-
str. 24. Fernruf 2802.

Loofah-
Schwämme, Kükensabreher u.
Seifenstücke billigst bei
C. F. Ritter,
Leipzigstrasse 90.
Geröstete Kaffees
von RM 1.40 bis RM 2.—
empfiehlt in vorzüglichen
Sorten **Carl Boeck,** Leipzigstr. 61/62.

Unsere Roman-Bibliothek.



Das beste, was die bedeutendsten Dichter und Schriftsteller der Völker an erzählender Literatur hervorgebracht haben, wird in diese Bibliothek aufgenommen und in eleganter Ausstattung zu ganz besonders billigen Preisen verabfolgt.



Bisher sind folgende 17 Bände erschienen:

Allen Ansprüchen, die man an gute Romane stellen kann, genügen diese Bände in jeder Beziehung: Fesselnde Erzählung, lebenswahre Darstellung, schöne, formvollendete Sprache. Teils in humorvoller, teils in erarster und ergreifender Schilderung werden dem Leser die interessantesten Vorgänge aus Vergangenheit und Gegenwart vor Augen geführt; nie in belehren wollen- den Töne, sondern stets in angenehmer, packender, dramatisch belebter Erzählung, ob es sich um die Darstellung gegenwärtiger Verhältnisse, wie bei Zolas Germinal, Tolstois Auferstehung, Holteis Vagabunden, Björsons Auf Gottes Wegen oder um Dinge längst vergangener Zeit handelt, wie sie in Quo vadis, in Ben

- Der Roland von Berlin von Alexis . . . 546 Seiten
- Auf Gottes Wegen von Björson . . . 394
- Friedemann Bach von Brachvogel . . . 590
- Die letzten Tage von Pompeji v. Bulwer 454
- Promont jun. und Rialer sen., ein Paris.
- Sittenbild „Tartarias Abenteuer“. Roma
- Reisenoten in einem Bande von Daudet 534
- Oliver Twist von Dickens 576
- David Alroy v. Disraeli (Lord Beaconsfield) 266
- Die drei Musketeiere von Dumas 644
- Im Schloss zu Heidelberg von Hartner 372
- Die Vagabunden von Holtei 618
- Ivanhoe von Scott 489
- Quo vadis von Sienkiewicz 526
- Auferstehung von Tolstoj 642
- Abenteuer Tom Sawyers . Abenteuer
- Huckleberry Finns in einem Bande
- von Twain 534
- Ben Hur von Wallace 574
- Fabiola von Wiseman 382
- Germinal von Zola 490

Hur und anderen veranschaulicht werden, ob wissenschaftliche For-
sicherungen der Gegenstand des Romans sind, wie in Wiseman
Fabiola, oder ob lustige Jungeustreiche zum besten gegeben
werden, wie in dem Mark Twain'schen Band,
**interessant,
unterhaltsam
und lehrreich**
:: sind alle diese 17 Bände. ::

Die beste Beschäftigung in den Mußestunden ist die Lektüre eines guten Buches.
Es bietet sich hier wieder eine Gelegenheit, sich für wenig Geld eine wertvolle Hausbibliothek zuzulegen.
Wir hoffen, dass alle unsere Leser die Gelegenheit benutzen und von dem Abonnement Gebrauch machen. Der nebenstehende Bestellschein ist auszufüllen und entweder dem Boten mitzugeben oder direkt einzusenden.
Mit Gruss
Volksbuchhandlung, Halle a. S.,
Harz 42/43.

90 Pfg. für ein geheftetes Buch
1 Mark 40 Pfg. für das elegant in Leinen gebundene Buch mit echter Goldprägung.
Um den weitesten Kreisen die Anschaffung dieser wertvollen Hausbibliothek zu ermöglichen, eröffnen wir ein Abonnement und:
:: liefern alle 14 Tage einen
Leinenband zum Preise von Mk. 1.40
bzw. einen
gehefteten Band zum Preise von 90 Pf.
frei ins Haus.

Bestellschein für Abonnenten.
An die **Volksbuchhandlung, Halle a. S., Harz 42-43.**
Unterzeichneter abonniert hierdurch auf die
Meistererzähler der Weltliteratur
und wünscht aller 14 Tage die Zusendung eines Bandes
in Ganzleinen gebunden für Mk. 1.40
gehftet für 90 Pfg.
Name: _____
Stand: _____
Ort: _____ Strasse: _____
Wenn ledig, bei wem? _____
Bitte recht deutlich schreiben!

Für die Inserate verantwortlich: K. K. S. i. g. n. e. x. — Druck der Halle'sch. Großschmied-Buchdruck. (G. S. u. S. S.). — Verleger: born. Aug. Crösch, jetzt H. Jähnic. — Sämtl. L. Halle a. S.

Der Mainzer Gültlichkeitsprozeß.

In dem seit Dienstag in Mainz geführten Prozeß, in dessen Mittelpunkt die Polizeiaffizentin Frau Dr. Schapiro steht, wurde Freitag mittag die Beweisaufnahme beendet. Die Verhandlungen der vier Tage ergaben die völlige Unhaltbarkeit der Behauptungen, Frau Dr. Schapiro habe, als Kellerin, als Fleischerbude und in anderen Verkaufsstellen vertrieben, umhergestreut, und schließlich in Mainz, Singen wurde in einer Reihe von Fällen erwischt, die feinesinnig gewerkschaftsmäßig Unzucht trieben, auf Denunziationen hin wegen unschuldiger Liebesleiden oder wegen Verkehres mit Prostituierten vor die Polizeiaffizentin geladen und dort — allerdings unter ihrer Zustimmung — einer gründlichen Untersuchung ihrer geschlechtlichen Unbedarfenheit unterworfen sind. Verdrähte Gültlichkeitskennzeichen sind empörend und durch das Gesetz nicht gerechtfertigt. Sie sind Folgen des Systems der Polizeikontrolle überhaupt, deren Befestigung dringend erforderlich ist. Die Polizeiaffizentin selbst scheint in keinem dieser Fälle selbständig vorgegangen zu sein, sondern nur als ausführende Organ ihrer Vorgesetzten gehandelt zu haben. Die zwanzeiwöchige Gefängnisstrafe der Mädchen unter der beweislosen Behauptung, sie trieben gewerkschaftsmäßig Unzucht, wird mit Recht — mögen Denunziationen nach der Richtung hin auch vorliegen — als eine der größten und unbilligsten Verleumdungen gegen unschuldige Mädchen empfunden. Die Mainzer Polizei hätte sich vor solcher Verleumdung um so mehr zu hüten, als unter ihren Augen in Mainz Verhelle bestanden, also Sappelietriebe wirkten. Durchaus unrecht hätte der Angeklagte, als er wegen Drangsalierung der Vorhelle der Polizeiaffizentin Vorwürfe machte. Nicht ein zu rigoroses, sondern ein zu lazes Vorgehen gegen die Vorhelle fällt der Polizei zur Last. Der Polizeiaffizentin aber kommt das Verdienst zu, innerhalb des durch ihre Vorgesetzten ihr zugelegten Rahmens wenigstens in einem das Los der in den Vorhellen ausgeübten Opfer gemildert zu haben. Ihr Verbleib erhält aus folgenden Gründen.

Vor dem Eintritt der Frau Dr. Schapiro in den Polizeidienst hatte jedes Verhellen in Mainz von ihrer Polizeiaffizentin Einnahme von vornherein die Hälfte an ihre Wirtin zu zahlen, ohne dafür auch nur die geringste Gegenleistung zu erhalten. Alsbald zahlte sie für Kost und Logis jeden Tag 5 M., ferner wöchentlich für Kranenklasse 2 M., Bedienung 2 M., Arzt 2 M., für Heizung bis zu 10 M., für Wäsche monatlich bis zu 20 M., für Licht und Bergen bis zu 5 M., für Friseurin 5-6 M. Wiewohl dieser schamlosen Ausbeutung des Landes noch Lebensfuß vorhanden, so wurden die Mädchen meist gezwungen, alle ihre Gebührenden und Wäschekosten bei ihrer Wirtin oder wenigstens durch ihre Vermittlerin zu beden, und zwar zu so enorm hohen Preisen, daß ein Mädchen, und wenn es jahrelang im Vorhelle blieb, selten einmal aus den Schulden herauskam. Gatten sie trotz alledem das Glück, etwas zu sparen, so wurde ihnen der Spargeiz noch brenzlicher. So wurde ein Mädchen, das nach mehrjährigem Aufenthalte in solchem Kuppelbude abreisen wollte und nach ihrer Berechnung etwa 3000 M. herauszubekommen hatte, von der Wirtin bedrängt, daß sie nur höchstens 30 M. auf der Reise haben dürfe. Erst nachdem sie gebrocht hatte, die Sache zur Wirtin zu bringen und nach langen Unterhandlungen zahlte ihr die Wirtin 1000 M. heraus, wobei das Mädchen aber unterschreiben mußte, daß sie nichts mehr zu fordern habe. Die Preise, die für die gestauten Gegenstände in den Vorhellen berechnet wurden, waren außerordentlich hoch: Korsettis 36 M., Salofingeln 12-20 M., andere Schuhe 30 M., Kleider zu 100-200 M., Wäsche zu schwebelnden hohen Preisen. Güte zu 50-60 M. waren etwas Alltägliches.

Die Abänderungen, die das Polizeiamt auf Drängen der Frau Dr. Schapiro zugunsten der zu Ausbeuteten verhängte, waren folgende:

1. Die Kontobücher der Mädchen müssen jeden Spinnabend nachmittag auf das Polizeiamt zur Kontrolle gebracht werden.
2. Es muß jede Woche mit den Mädchen abgerechnet, und das Guthaben der Mädchen in bar ausgehändigt werden. Der Empfang des Geldes ist durch Unterschrift zu bezeugen.
3. Es darf nichts an die Mädchen verkauft oder ihnen auch nur besorgt werden, seien es nun Kleider, Wäsche oder Gebrauchsgegenstände aller Art. A. S. dürfen die Vorhellenbesitzer den Mädchen nichts borgen.
4. Für Kost und Wohnung einschließlich Bedienung, Bettwäsche, Handtücher und Seifen sind höchstens die Hälfte der Einnahme der Mädchen berechnet werden.

Gegen diese Einschränkungen in der Ausbeutung ließen die Vorhellenbesitzer Sturm. Sie behaupteten, sofort die Güter fälschen zu müssen, da es nunmehr unmöglich sei, auch nur beten zu können. Sie versuchten auf alle Art und Weise, die alten Verhältnisse wieder herzustellen, machten Eingaben an das Polizeiamt, an die Bürgermeisterei, und erst als sie sahen, daß alles zwecklos sei, fügten sie sich. Wertwidergerweise ist bis heute kein einziges Haus geschlossen worden. Das eine wurde sogar, trotz der Einschränkungen, vor kurzem für den Preis von 150.000 M. verkauft. Frau Dr. Schapiro verlorde auch, wie sie behauptet, nicht ohne teilweisen Erfolg, die Mädchen zum Sparen anzuhalten.

Das Verhalten der Behörde der Lage der Vorhellenbesitzer gegen der Polizeiaffizentin lebhaft Anfeindungen von Leuten zu, die ihr vorwarfen, sie wolle „die Vorhelle zu moralischen Anhalten“ machen. Von solcher Stimmung waren auch die zur Anlage gestellten Artikel erfüllt.

Nach Schluß der Beweisaufnahme versuchte der Verteidiger des Angeklagten, einen Vergleich durch folgenden Vorschlag herbeizuführen: „Der Angeklagte will in Frieden von dieser Sünde Sünden. Er hat sich, das kann ich ohne weiteres erklären, durch die Beweisaufnahme überzeugt, daß er in den meisten Fällen falsch informiert war und daher keine Verurteilungen in Bezug auf die oben beschriebenen Verhältnisse nicht aufrechterhalten kann. Er will deshalb die Erklärung abgeben, daß er in gutem Glauben an die Richtigkeit des ihm übertragene Materials gehandelt habe, die völlige Integrität der beiden Nebenkläger anerkennend und sämtliche Kosten übernehmen wolle. Es fragt sich, ob die Nebenkläger damit einverstanden sind.“ Die Nebenkläger lehnten jeden Vergleich ab.

Nach längerem Platzen beantragte der Staatsanwalt die exorbitant hohe Strafe von einem Jahre wegen Ver-

leibigung des Weigerndsten Verbot und von neun Monaten wegen der Verleumdungen der Frau Dr. Schapiro. Zur allgemeinen Heberzeugung teilt dann der Vorsitzende Landgerichtsrat Dr. Mees mit, daß die Urteilsverurteilung auf den 20. September d. J. 3/4 Uhr vormittags, ausgesetzt werde.

Gewerkchaftliches.

Zur Metallarbeiter-Aussperrung in Thüringen.

Die Verhandlungen im Ausperrungsgebiet haben dazu geführt, daß die beteiligten Arbeiter im Laufe der vergangenen Woche auf Grund der erzielten Vereinbarungen die allgemeine Aufnahme der Arbeit in Altenburg, Göhnlitz, Erfurt, Zeulenroda und in Saalfeld a. S. für eine Anzahl Betriebe beschlossen haben.

Die getroffenen Vereinbarungen ergeben für die oben benannten Orte Verteilung der Arbeitszeit, Erhöhung der Zeilöhne, geregelte Entschädigung für Leberzeitarbeit und Versicherung, daß ungenügende Akkordpreise ausgeführt werden sollen. In Altenburg ist die Arbeitszeit in fünf Betrieben von 57 auf 56 Stunden und in einem Betriebe von 56 1/2 auf 56 3/4 Stunden reduziert worden. Die Stundenlöhne wurden um 1 Pfennig pro Stunde erhöht. Die Entschädigung für die ersten zwei Leberstunden beträgt pro Stunde 10 Pf., und für alle weiteren Leberstunden 15 Pfennig.

In Göhnlitz ist die Arbeitszeit in einem Betriebe um 8 und in den anderen Betrieben um 4 Stunden pro Woche vermindert und beträgt jetzt 57 resp. 56 1/2 Stunden. Die Stundenlöhne sind um 3/4 Pfennig erhöht und die Entschädigung für Leberzeitarbeit ist auf 10 Pfennig pro Stunde festgelegt worden.

Die Vereinbarungen in Erfurt sind infolge der Berücksichtigung der in Frage kommenden Produktionszweige nicht so einheitlich. Die Arbeitszeit ist in einer Anzahl Betrieben um 2 resp. 1 Stunde und in einem Betriebe um 1/2 Stunde pro Woche herabgesetzt worden. Die Stundenlöhne sind mit Ausnahme der Hammerfabriken in allen Betrieben erhöht, ebenso ist die Entschädigung für Leberstunden auf 10 Pfennig pro Stunde festgelegt.

In einer Anzahl Betriebe in Saalfeld a. S. und in Zeulenroda wurde die Arbeitsaufnahme durch Vereinbarungen ermöglicht, wodurch die Arbeitszeit vermindert, die Stundenlohnherabsetzung und die Leberzeitentlohnung geregelt wurde.

Für die Orte Friedrichroda, Gera, Nattershausen, Rasthütten und Saalfeld finden noch Verhandlungen statt. Die Ortsgruppe Gera des Verbandes Thüringer Metallindustrieeller hat sich bereit erklärt, die Arbeitszeit in den sieben Betrieben, worin sie noch mehr als 59 Stunden pro Woche beträgt, sofort auf 59 Stunden und am 1. Juli 1912 in allen Betrieben auf 58 Stunden zu reduzieren und alle Stundenlöhne sofort um einen Pfennig und am 1. Juli 1912 ebenfalls um einen Pfennig erhöhen zu wollen. Ferner legen die Arbeitgeber fest, daß ungenügende Akkordpreise ausgeführt und alle Leberzeitarbeit mit 10 Pfennig pro Stunde entschädigt werden soll.

Die beteiligten Arbeiter lehnten, nachdem die vielen Verhandlungen keine weiteren Zugeständnisse der Unternehmer erbracht hatten, in ihrer Verammlung am Sonnabend, den 23. September, fast einstimmig ab, die Arbeit mit 59 Stunden pro Woche und der zugehörigen Lohnherabsetzung aufzunehmen und erklärten sich dazu bereit, wenn die Arbeitszeit sofort auf 58 Stunden und am 1. Juli 1912 auf 57 Stunden pro Woche festgelegt wird und die Stundenlöhne jezt um 2 Pfennig und am 1. Juli 1912 um 2 Pfennig erhöht werden.

Die Ortsgruppe der Unternehmer hat die Verhandlungen sofort abgebrochen, wie sie den obigen Vorschlag zur Kenntnis bekam, weil der Verband Thüringer Metallindustrieeller ihr nicht gestattet, über den Vorschlag zu verhandeln. Aus dem Grunde werden noch Wochen vergehen, bevor eine Verständigung in Gera erzielt werden kann. Der Verband Thüringer Metallindustrieeller treibt ein skabioles Spiel. Er drohte auch in der Verhandlung in Gera wieder mit der neuen Ausperrung und einer Aktion des Gesamtverbandes Deutscher Metallindustrieeller.

Die Verhandlung über die Vereinbarungen zur Aufnahme der Arbeit in Nattershausen, Rasthütten, Friedrichroda und der Betriebe in Saalfeld wird durch das Verhalten des Verbandes Thüringer Metallindustrieeller verzögert. Trotzdem wird in den nächsten Tagen, auch in den letzten Orten berührt werden, zur Einigung zu kommen.

Wendungen über Gewerkschaftskämpfe.

Die Lithographen und Steindruck- und das Dispersional in den Münchener Lithographen, Stein- und Druckereien und Kunstanstalten hielten am 22. September eine impotente Kampferammlung ab. Die Unternehmer hatten den Arbeitern als Antwort auf die eingereichten Forderungen lediglich geschrieben, daß die Forderungen der Zentrale des Schubverbandes in Berlin überwiegen werden. Die Arbeiter betrachteten dies als ein Versöhnungsangebot und beschlossen nach einem Heftigen das Hauptverhandeln in Berlin, am 23. September zu kündigen. Dies hat bereits erfolgt. Es kommen etwa 1200 Arbeiter, Lithographen, Stein- und Dispersionsarbeiter, in Frage. Am gleichen Tage fand eine Versammlung in Nürnberg statt. Dort beschlossen die Arbeiter der graphischen Gewerbe ebenfalls einstimmig, die Kündigung einzureichen.

Die Aufhebung des Votums über die Plangelegenheiten in Düsseldorf wird in den nächsten Tagen von den zuständigen Instanzen beschlossen werden, da die Differenzen beseitigt sind. Der Brauerei- und Mühlenarbeiterverband hat eine Einigung mit der Direktion erzielt und daher den Streik aufgehoben. Die angebotene Ausperrung der Schuhmacher in Bernau bei Berlin unterbleibt, da es gelungen ist, eine Einigung zwischen den Fabrikanten und dem Schuhmacherverband zu erzielen.

Kurtung.

Galle. Für Parteizwecke. 8. Ditttritz, Reubender (Stadt) 31,88; 17. Ditttritz, Reubender (Stadt) 49,41; 17. Ditttritz, Reubender (Land) 14.—; 10. Ditttritz (Stadt) 10,25; Versammlungs-Einnahme in Könnern 13,70. Weimann.

Aus den Nachbarkreisen.

Sozialdemokratische Sanngation.

II.

Die Behauptung, die Sozialdemokratie wolle das Privateigentum abschaffen, weil sie den Landeluten nicht einmal ein eigenes Häuschen, oder einen einzigen Morgen Land, oder ein Stück Garten, oder eine Kuh, ein Schwein oder eine Ziege gönne, haben wir im ersten Artikel als das abgelehnt, was in Wirklichkeit ist: eine aus den Fingern gelogene Schwindelerei. Auf derlei Köpfe wird wieder einmal haben sich die üblichen Anschuldigungen des Reichsverbandes artikuliert im Schwäbinger Kreisblatt; sie sind darauf berechnet, die ländliche Bevölkerung vor der Sozialdemokratie greiflich zu machen. Und auch die ländlichen Arbeiter abzuführen, wird das 2. M. ausgeführt:

„Aber auch die Arbeiter werden von den Sozialdemokraten (schändlich) hintergangen. Im schönen Worte sind die Sozialdemokraten zwar nicht verlogen. So nennen sie sich mit Vorliebe die Arbeiterpartei. Wenn man aber näher zuhört, was sie denn eigentlich zum Besten der Arbeiter getan haben, so kommt wenig oder nichts heraus. Als Kaiser Wilhelm I. am 17. November 1881 in seiner großen Volkshaus vertrat, daß er den Hüllosen und Schwachen beistehen wolle, da hätte eine Partei, die wirklich das Interesse der Arbeiter und nur dieses Interesse wahrzunehmen wolle, freudig zugestimmt und sich in den Dienst dieser guten Sache stellen müssen. Was aber taten die Sozialdemokraten? Ihre Abgeordneten stimmten gegen das Kranken- und Unfallversicherungsgezet, gegen das Alters- und Invaliditätsgesetz und gegen alle die dem Lande die Arbeiter zu tun hatten. Sie haben den Arbeitern zum Segen geschaffen! Das ist die Arbeiterfreundlichkeit der Sozialdemokratie!“

Auch diese Darlegungen zeigen, daß der Artikelsschreiber die Intelligenz der ländlichen Bevölkerung sehr gering einschätzt, insbesondere scheint er anzunehmen, die Landbewohner hätten ein kurzes Gedächtnis. Wir möchten aber einmal auf diese Schimpfereien, wie beispielsweise, daß die Sozialdemokratie die Arbeiter schändlich hintergehe und daß sie für die Arbeiter weiter nichts übrig habe als schöne Worte, gehen wir nicht näher ein; jedermann, der sich auch nur einigermaßen sein gelobtes Denkbildnis erhalten hat, weiß, daß die Sozialdemokratie im Gegenteil die Arbeiter in sozialpolitischen Gebieten ist, daß sie den bürgerlichen Parteien unmaßmäßig das Gewissen spärt und hierauf den bürgerlichen Parteien nicht um fe voranzutreiben, so könnte man das elende Geschäft des Reichsblattartiklers auf sich berufen lassen, indem man sich sagte: Man vernehme nicht, was der Arbeiter zu tun hat, sondern was die Arbeiter zu tun haben, und dann hinaus wollen wir aber noch die Tatsachen sprechen lassen.

Warum, so fragen wir zunächst, wurde 1883 überhaupt das Krankenversicherungsgezet eingeführt? Antwort: Weil bis dahin die Kranken- und Armenältern der Gemeinden infolge der Entwicklung der kapitalistischen Großbetriebe ungeheuer gelitten waren und die Gemeinden außerordentlich stark belastet. Dazu kam noch ein weiteres Übel: man hinter die bürgerlichen Parteien nicht um fe voranzutreiben, so könnte man das elende Geschäft des Reichsblattartiklers auf sich berufen lassen, indem man sich sagte: Man vernehme nicht, was der Arbeiter zu tun hat, sondern was die Arbeiter zu tun haben, und dann hinaus wollen wir aber noch die Tatsachen sprechen lassen.

Warum, so fragen wir zunächst, wurde 1883 überhaupt das Krankenversicherungsgezet eingeführt? Antwort: Weil bis dahin die Kranken- und Armenältern der Gemeinden infolge der Entwicklung der kapitalistischen Großbetriebe ungeheuer gelitten waren und die Gemeinden außerordentlich stark belastet. Dazu kam noch ein weiteres Übel: man hinter die bürgerlichen Parteien nicht um fe voranzutreiben, so könnte man das elende Geschäft des Reichsblattartiklers auf sich berufen lassen, indem man sich sagte: Man vernehme nicht, was der Arbeiter zu tun hat, sondern was die Arbeiter zu tun haben, und dann hinaus wollen wir aber noch die Tatsachen sprechen lassen.

Warum, so fragen wir zunächst, wurde 1883 überhaupt das Krankenversicherungsgezet eingeführt? Antwort: Weil bis dahin die Kranken- und Armenältern der Gemeinden infolge der Entwicklung der kapitalistischen Großbetriebe ungeheuer gelitten waren und die Gemeinden außerordentlich stark belastet. Dazu kam noch ein weiteres Übel: man hinter die bürgerlichen Parteien nicht um fe voranzutreiben, so könnte man das elende Geschäft des Reichsblattartiklers auf sich berufen lassen, indem man sich sagte: Man vernehme nicht, was der Arbeiter zu tun hat, sondern was die Arbeiter zu tun haben, und dann hinaus wollen wir aber noch die Tatsachen sprechen lassen.

Auchlich liegen die Dinge bei den andern Versicherungen, beim Invaliden- und beim Unfallgezet. Auch hier

Fortschritte und neue Kampfformen der Arbeiterjugend.

Trotz der planmäßigen Bekämpfung der Jugendbewegung durch die neue patriotische mit der Dreiklassenpartei...

Am Sonntagabend wurde nach der Konstituierung ein von der Bezirksleitung vorgelegter Agitationsentwurf...

Der Sonntagvormittag brachte den Geschäftsbericht der Bezirksleitung...

Die Angelegenheit der Arbeiterjugend in den vier Monaten von 1910 auf 1911...

Die Angelegenheit der Arbeiterjugend in den vier Monaten von 1910 auf 1911...

Die Angelegenheit der Arbeiterjugend in den vier Monaten von 1910 auf 1911...

Die Angelegenheit der Arbeiterjugend in den vier Monaten von 1910 auf 1911...

Die Angelegenheit der Arbeiterjugend in den vier Monaten von 1910 auf 1911...

Die Angelegenheit der Arbeiterjugend in den vier Monaten von 1910 auf 1911...

Die Angelegenheit der Arbeiterjugend in den vier Monaten von 1910 auf 1911...

Die Angelegenheit der Arbeiterjugend in den vier Monaten von 1910 auf 1911...

Die Angelegenheit der Arbeiterjugend in den vier Monaten von 1910 auf 1911...

Die Angelegenheit der Arbeiterjugend in den vier Monaten von 1910 auf 1911...

Die Angelegenheit der Arbeiterjugend in den vier Monaten von 1910 auf 1911...

Die Angelegenheit der Arbeiterjugend in den vier Monaten von 1910 auf 1911...

entgegenzuwirken. Die Genossen in den betreffenden Orten haben darum jetzt eine schwere Arbeit vor sich zu verbinden...

Der Kampf der Arbeiterjugend in den vier Monaten von 1910 auf 1911...

Der Kampf der Arbeiterjugend in den vier Monaten von 1910 auf 1911...

Der Kampf der Arbeiterjugend in den vier Monaten von 1910 auf 1911...

Der Kampf der Arbeiterjugend in den vier Monaten von 1910 auf 1911...

Der Kampf der Arbeiterjugend in den vier Monaten von 1910 auf 1911...

Der Kampf der Arbeiterjugend in den vier Monaten von 1910 auf 1911...

Der Kampf der Arbeiterjugend in den vier Monaten von 1910 auf 1911...

Der Kampf der Arbeiterjugend in den vier Monaten von 1910 auf 1911...

Der Kampf der Arbeiterjugend in den vier Monaten von 1910 auf 1911...

Der Kampf der Arbeiterjugend in den vier Monaten von 1910 auf 1911...

Der Kampf der Arbeiterjugend in den vier Monaten von 1910 auf 1911...

Der Kampf der Arbeiterjugend in den vier Monaten von 1910 auf 1911...

Der Kampf der Arbeiterjugend in den vier Monaten von 1910 auf 1911...

Der Kampf der Arbeiterjugend in den vier Monaten von 1910 auf 1911...

Der Kampf der Arbeiterjugend in den vier Monaten von 1910 auf 1911...

Der Kampf der Arbeiterjugend in den vier Monaten von 1910 auf 1911...

Der Kampf der Arbeiterjugend in den vier Monaten von 1910 auf 1911...

würden die ländlichen Arbeiter trotz der dringenden Forderung der Sozialdemokraten entweder ganz ausgeschlossen, oder aber es wurden ihnen nur sehr geringe Vorteile gewährt.

Das ist die Wahrheit, und kein noch so verlogenem Geschwafel kann die Tatsache aus der Welt schaffen, daß die ländlichen Arbeiter in der Verfassungsgesetzgebung stets als die Auserwählten behandelt worden sind.

Witterfeld. Zu drei Jahren Suchhaus wurde von den Sozialdemokraten der vierjährige Arbeiter Karl...

Witterfeld. In der Komposition über die Arbeiterjugend...

Witterfeld. Auf die Arbeiterjugend in den vier Monaten von 1910 auf 1911...

Witterfeld. Auf die Arbeiterjugend in den vier Monaten von 1910 auf 1911...

Witterfeld. Auf die Arbeiterjugend in den vier Monaten von 1910 auf 1911...

Witterfeld. Auf die Arbeiterjugend in den vier Monaten von 1910 auf 1911...

Witterfeld. Auf die Arbeiterjugend in den vier Monaten von 1910 auf 1911...

Witterfeld. Auf die Arbeiterjugend in den vier Monaten von 1910 auf 1911...

Witterfeld. Auf die Arbeiterjugend in den vier Monaten von 1910 auf 1911...

Witterfeld. Auf die Arbeiterjugend in den vier Monaten von 1910 auf 1911...

Witterfeld. Auf die Arbeiterjugend in den vier Monaten von 1910 auf 1911...

Witterfeld. Auf die Arbeiterjugend in den vier Monaten von 1910 auf 1911...

Witterfeld. Auf die Arbeiterjugend in den vier Monaten von 1910 auf 1911...

Witterfeld. Auf die Arbeiterjugend in den vier Monaten von 1910 auf 1911...

Witterfeld. Auf die Arbeiterjugend in den vier Monaten von 1910 auf 1911...

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt

urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219110926-15/fragment/page=0006



Opfer des Kapitalismus.

Unfälle und Verletzungen der Betriebsunfälle.

In Wirtschaftskreisen von zehn zu zehn Jahren wird amtlich eine genaue Unfallstatistik aufgestellt...

Bunächst ist aus der Statistik die bekannte Tatsache zu ersehen, daß sich die Zahl der Unfälle fortgesetzt erheblich vermehrt...

Die Statistik erstreckt sich auch auf die Verteilung, der die Schuld an den Unfällen trägt...

meher sagen, der Arbeiter sei selbst schuld, weil er nicht „aufgepaßt“ habe...

Interessant sind die Angaben über den Verlauf der Unfallfolgen Sie zeigen, wie die Durchführung der Unfallversicherung für die Verletzten immer ungenügender geworden ist...

Zur Aufklärung über die Herstellung von Palmöl

Es besteht vielfach noch die Ansicht, Palmöl sei ein aus verschiedenen Fetten zusammengefügtes Kunstprodukt...

Palmöl ist absolut reines Pflanzfett und besteht einzig und allein aus dem sehr fettreichen Fleisck der Kokospalme...



Palmöl ist neuerdings auch weiß (schmaltzähnlich) zu haben. H. Schlinck & Co. A.G.

Bei der Feurung Nordsee. Sollte jede Hausfrau zweimal wöchentlich auf den Tisch bringen. Goldbarsch, Seelachs, Pfefferdorsch, Schwarzen...

Zu jedem annehmbaren Preise. Broschen, Ohrringe, Kolliers, Armbänder, Uhrketten, Ringe, Krawatten-Nadeln, Manschettenknöpfe usw. usw. Schmucksachen...

Wie zu Hause speisen Sie im Volkspark. Freitage und Sonnabende. Frische Pokelknochen. Führer Militärrpflichtigen...

Verband der Maler, Filiale Halle a. S. Dienstag den 26. September abends 8 1/2 Uhr bei F. Streicher...

Obsthorden in allen Größen bei C. F. Ritter, Leipzigstrasse 90. Morgen, Dienstag Schlachtefest mit musikal. Unterhaltung...

Kopfungziefer mit Brot besetzt am schnellsten LAUSIN. Preis 50 Pf. Frische Knickerer billig...

Arbeitsmarkt Jüngerer Kaufburche. Volke-Buchhandlung, Halle a. S., Burgstr. 43/44. Standesamtliche Nachrichten...

Plätz-Garnitur, Wecker C. F. Ritter, Leipzigstrasse 90. Ziehung 13.-16. Oktbr. Dusseldorf Ausstellungs-Lotterie...

Arbeitsmarkt Jüngerer Kaufburche. Volke-Buchhandlung, Halle a. S., Burgstr. 43/44. Standesamtliche Nachrichten...

Arbeitsmarkt Jüngerer Kaufburche. Volke-Buchhandlung, Halle a. S., Burgstr. 43/44. Standesamtliche Nachrichten...